

Kleine Anfrage

der Abg. Gudula Achterberg GRÜNE

Unterstützung für Städte und Kommunen bei der Sicherung bezahlbarer Mieten und der Förderung des Wohnungsbaus

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung in der laufenden Legislaturperiode ergriffen, um bezahlbaren Wohnraum in Heilbronn und in Baden-Württemberg zu sichern?
2. Welche Förderprogramme und Beratungsangebote haben Kommunen bei der Schaffung und Erhaltung von bezahlbarem Wohnraum unterstützt?
3. In welcher Weise hat die Landesregierung die Ausweisung und Aktivierung von Bauflächen, die Innenentwicklung und die Bebauung von Brachflächen für den Wohnungsbau in Heilbronn und anderen Kommunen begleitet und gefördert?
4. Welche Programme zur Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus, der genossenschaftlichen Wohnungswirtschaft und zur Unterstützung gemeinwohlorientierter Wohnungsunternehmen hat die Landesregierung aufgelegt oder fortgeführt?
5. Welche Maßnahmen tragen zur Dämpfung der Mietpreisentwicklung in den verschiedenen Regionen Baden-Württembergs seit Beginn der Legislaturperiode bei (bitte die Entwicklung anhand von Zahlen skizzieren)?
6. Inwieweit trägt die Städtebauförderung in Baden-Württemberg dazu bei, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, Quartiere zu stabilisieren und soziale Durchmischung zu sichern?
7. Welche Modellprojekte oder Pilotkommunen hat die Landesregierung unterstützt, die innovative Ansätze für bezahlbares Wohnen, kooperative Wohnformen oder nachhaltige Quartiersentwicklung erproben?
8. Wie bewertet die Landesregierung die Chancen von Investitionen in bezahlbaren Wohnungsbau für regionale Wertschöpfung, Arbeitsplätze und soziale Stabilität?
9. Welche Bilanz zieht die Landesregierung für die laufende Legislaturperiode im Hinblick auf die Schaffung und Sicherung von bezahlbarem Wohnraum?
10. Welche Folgen erwartet die Landesregierung für den Mietwohnungsmarkt in Heilbronn und in Baden-Württemberg allgemein durch die Änderung und einjährige Verlängerung der Mietpreisbremse?

4.2.2026

Achterberg GRÜNE

Begründung

Die Sicherung von bezahlbarem Wohnraum stellt eine soziale Herausforderung dar. Gerade in Ballungsräumen und wachsenden Städten wie Heilbronn steigen die Mieten deutlich, wodurch Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen stark belastet werden. Gleichzeitig benötigen viele Kommunen Unterstützung bei der Bereitstellung von Flächen, der Entwicklung nachhaltiger Quartiere und der Finanzierung von Bauvorhaben.

Wohnungsbaupolitik ist dabei nicht nur soziale Pflichtaufgabe, sondern bietet auch Chancen: Investitionen in den Bau von bezahlbaren Wohnungen und die Aktivierung innerörtlicher Flächen schaffen Arbeitsplätze, stärken regionale Wertschöpfung und ermöglichen nachhaltige Stadtentwicklung. Genossenschaftliche und gemeinwohlorientierte Modelle können dazu beitragen, die Mietpreise langfristig stabil zu halten und zugleich lebendige, sozial durchmischte Quartiere zu schaffen.

Diese Kleine Anfrage soll einen umfassenden Überblick über die in dieser Legislaturperiode ergriffenen Maßnahmen, Förderprogramme und gesetzlichen Rahmenbedingungen ermöglichen, die die Kommunen bei der Sicherung und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum unterstützen. Zugleich sollen Chancen und Defizite sichtbar gemacht werden, um eine wirksame Weiterentwicklung der Wohnungsbau- und Mietenpolitik in Heilbronn und Baden-Württemberg zu ermöglichen.